

«Wissen ist der beste Schutz vor Ausbeutung»

Der Luzerner Verein Lisa begrüsst die Forderung, Pflichtanlaufstelle für Prostituierte zu werden.

Alexander von Däniken

Gegen Gewalt und Unterdrückung im Sexgewerbe unternimmt der Kanton Luzern zu wenig, befindet Melissa Frey-Ruckli. Die Mitte-Kantonsrätin und Polizistin aus Buchrain hat darum zwei Motionen eingereicht, mit denen sie die Situation für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter verbessern will, wie unsere Zeitung kürzlich berichtete. Die geforderten Massnahmen: ein Sexarbeitsgesetz, für Prostituierte aus EU- und EFTA-Staaten eine Quellensteuerpflicht sowie die Pflicht, nach der Einreise persönlich bei einer Kontaktstelle vorzusprechen, um eine behördliche Bestätigung zu bekommen. Als Beispiel für eine solche Kontaktstelle nennt Frey den Verein Lisa.

Der Verein setzt sich für die Interessen der Prostituierten ein und betreibt zum Beispiel seit

2013 den Beratungscontainer Hotspot im Stadtluzerner Gewerbegebiet Ibach, wo sich der Strassenstrich befindet. Geschäftsleiterin Eliane Burkart würde es begrüssen, wenn der Verein zur verpflichtenden Kontaktstelle würde: «Wir wissen aus den Kantonen Genf und Basel-Stadt, welche diese Form bereits praktizieren, dass diese sehr erfolgreich sind.» So würden viel mehr Sexarbeitende erreicht als nur durch Besuche in Studios, Bordellen und Clubs.

Erstkontakt könnte Hürden abbauen

Mit Gesprächen könne konkret auf Gesundheitsangebote und Beratungsstellen aufmerksam gemacht sowie über Rechte und Pflichten aufgeklärt werden. «Wissen und Rechtssicherheit ist der beste Schutz vor Ausbeutung.» Mit dem Erstkontakt könnten auch Hürden abgebaut

Nachholbedarf im Kampf gegen Menschenhandel

Das Verbrechen kommt im Sexgewerbe vor, aber auch in privaten Haushalten, auf Baustellen und Bauernhöfen: Menschenhandel. Kürzlich hat Greta, eine Expertengruppe des Europarats, der Schweiz empfohlen, verschiedene Massnahmen zum Schutz der Opfer von Menschenhandel zu ergreifen. Dazu zählen die Identifizierung durch spezialisierte Dienste, sichere

Unterkünfte, Betreuung, der Zugang zu einer Aufenthaltsgenehmigung entsprechend der Europaratskonvention sowie eine verstärkte Sensibilisierung der Strafverfolgungsbehörden.

Die Plattform gegen Menschenhandel (Traite) fordert den Bund, die Kantone und die Gemeinden auf, die Empfehlungen schnellstmöglich umzusetzen, wie sie letzte Woche mitteilte.

werden und Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter würden sich eher bei einem Verein wie Lisa Unterstützung holen, wenn sie welche benötigten. Dafür brauche es auch kantonale Gelder. Die Beratungsstelle von Lisa sei aktuell ausschliesslich über Spenden finanziert.

Skeptischer ist Burkart bei der geforderten Quellensteuerpflicht. Diese gebe es schon jetzt für unselbstständige Prostituierte aus dem EU- und EFTA-Raum: «Wir hören jedoch immer wieder von Sexarbeitenden, dass sie den Betreibern eine Tagespauschale für die

Traite gehören vier NGO an. Die Zentralschweizer Kantone dürften unter besonderem Druck stehen. Im landesweiten Vergleich setzen sie gemäss Experte Stephan Fuchs zu wenig Mittel ein und riskieren so eine Sogwirkung. Immerhin kündigte die Luzerner Polizei Ende des letzten Jahres an, ihr Engagement in diesem Bereich zu verstärken. (avd)

Quellensteuer bezahlen, dafür aber oftmals keine Quittung erhalten. Das Geld bleibt dann in den Taschen der Betreibenden und wird nicht an die Quellensteuer einbezahlt. Diese Ausbeutung ist ein Problem.» Das heutige Gewerbepolizeigesetz würde dafür eigentlich

Kontrollen vorsehen. Fragezeichen hat Burkart denn auch beim Sexarbeitsgesetz. «Uns ist unklar, was darin geregelt werden soll, was noch nicht gesetzlich geregelt ist.» Menschenhandel, Ausbeutung oder Missbrauch seien bereits auf nationaler Ebene gesetzlich verankert. Der föderalistische Wildwuchs an Regeln sei jetzt schon schädlich.

So definiere jeder Kanton für sich, wann Sexarbeitende als Selbstständige oder Angestellte gelten. «Zum Teil wird auch innerhalb eines Kantons dieselbe Person bei der einen Behörde als selbstständig deklariert und bei einer anderen Behörde als unselbstständig – dies trifft auch auf Luzern zu.» Die aktuelle Praxis verursache Rechtsunsicherheit bei Sexarbeitenden, begünstige die Illegalisierung und dadurch die Ausbeutung.